

Breite Mehrheit für Konzentrationszonen

Flächennutzungsplan: Bau- und Planungsausschuss stimmt über 36 Einwendungen und Eingaben ab. Am Ende bleiben fünf Bereiche mit 223 Hektar für den Bau von Windkraftanlagen übrig

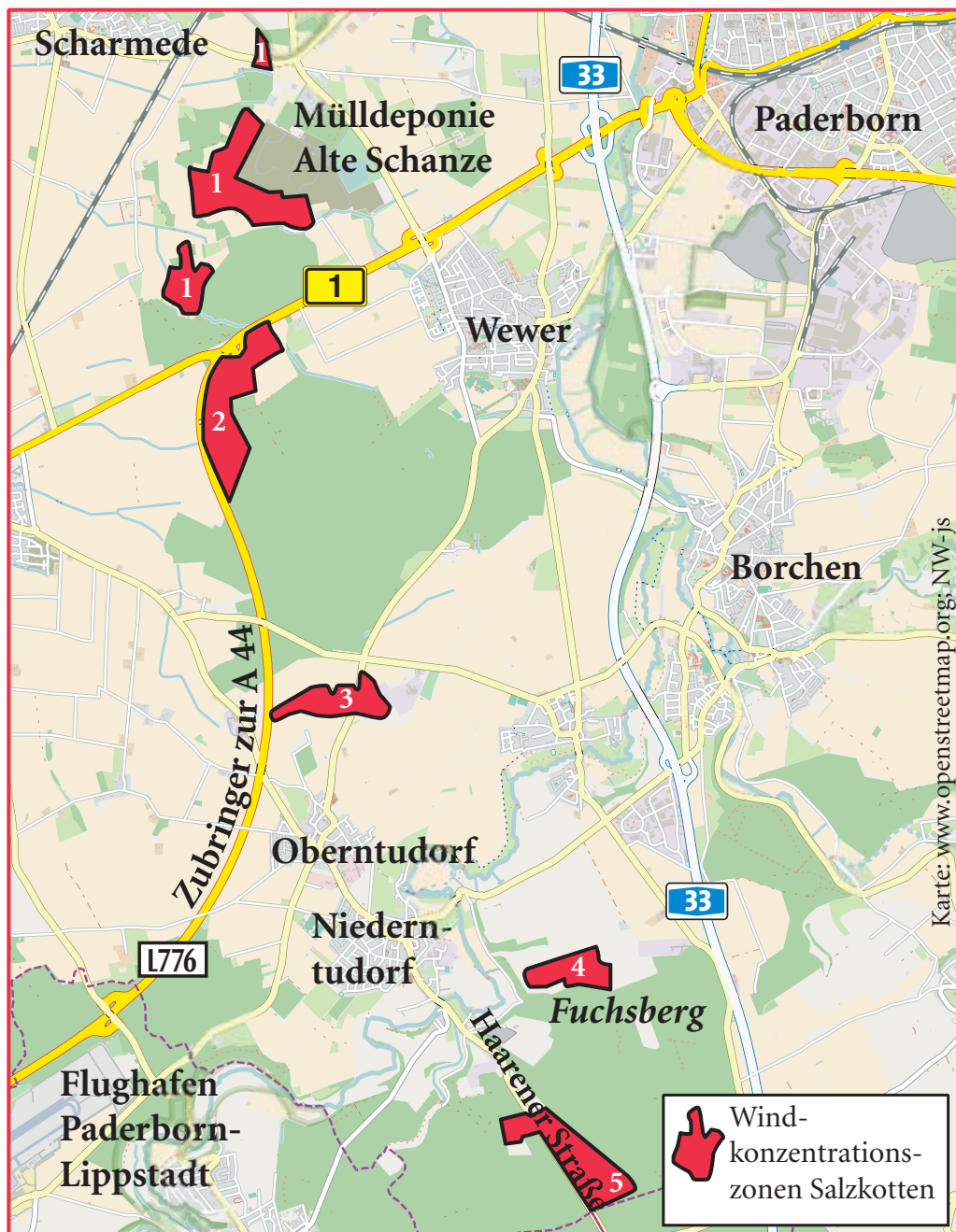
Von Ralph Meyer

■ **Salzkotten.** Gegen die Stimmen von FDP und Grünen hat der Bau- und Planungsausschuss am Donnerstagabend nach rund zweistündiger Diskussion dem Rat, der am Montag tagt, empfohlen, der 27. Änderung des Flächennutzungsplans zuzustimmen. Kernpunkt dieser Änderung ist die Festschreibung der fünf Windkonzentrationszonen.

Zuvor hatten die Kommunalpolitiker 14 Eingaben der so genannten Träger öffentlicher Belange und 22 Einwendungen von Bürgern berate und abgewogen. 13 Eingaben der öffentlichen Einrichtungen wurden einstimmig bei Enthaltung der FDP entschieden. Auf Antrag der Grünen wurde jedoch separat über eine Eingabe des Landesbüros der Naturschutzverbände abstimmt. Die ablehnende Stellungnahme in Bezug auf die Bewertung des Konfliktpotenzials für Vogelarten wurde bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen beschlossen. Über die anonymisierten Eingaben der Bürger würde jeweils einzeln abgestimmt.

Mit der Abwägung der 36 Eingaben und dem Ratsbeschluss befindet sich die Stadt nach rund dreieinhalb Jahren Arbeit an der Planung auf der Zielgeraden.

Der Entwurf des Flächennutzungsplans weist in der Stadt insgesamt 223 Hektar in fünf Windkonzentrationszonen aus. Das entspricht einer Fläche



Windkonzentrationszonen: Auf insgesamt 60 Druckseiten lagen die insgesamt 36 Eingaben und die Stellungnahmen der Verwaltung vor. Während CDU und SPD alle Stellungnahmen guthießen, gab es wiederholt Gegenstimmen und Enthaltungen bei FDP und Bündnisgrünen.

che von rund zwei Prozent der Stadt Salzkotten. Sie liegen im Bereich der Mülldeponie, an der Landstraße 776, sowie bei Niedern- und Oberntudorf.

Die gewählten Mindestabstände liegen bei 300 Metern zu einzelnen Häusern im Außenbereich und 700 Metern zu geschlossenen Siedlungen. Lothar Schröder vom Fachbereich Stadtentwicklung machte bei mehreren Eingaben deutlich, dass die Stadt keine Anlagen plane sondern lediglich Konzentrationszonen ausweise. Außerdem sei jede Kommune aufgefordert, ein eigenes, stimmiges Konzept aufzustellen, um der Windkraft substanziellen Raum zu geben, dessen nötige Größe jedoch nicht normiert sei.

Die in mehreren Eingaben angeführte optisch bedrängende Wirkung der Anlagen ist nach Schröders Darstellung eine Einzelfallentscheidung der Genehmigungsbehörden.

Elisabeth Keuper (CDU) warf die Vorwürfe der Grünen, die Bürgeranliegen einfach wegwischen zu wollen, zurück. „Es gibt keine Möglichkeit, am Ende alle Beteiligten zufrieden zu stellen“, sagte sie und erinnerte daran, dass ohne Konzentrationszonen sechs Prozent der Stadtfläche mit Anlagen bebaut werden könnten. „Das sind dann 300 Meter bis zur Haustür“, fügte sie hinzu.

Nach dem Plazet des Rates hat die Bezirksregierung drei Monate Zeit, den Plan zu prüfen, bevor er in Kraft tritt.